

RUNDBRIEF

DER SONDERNEWSLETTER DES ORTSVEREINS REUTLINGEN

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wie soll eigentlich angesichts des Versammlungsverbotes unser Parteileben funktionieren? Über den Whatsapp-Stammtisch sind wir gut vernetzt, aber nicht jedes Mitglied besitzt ein Smartphone und auch eine E-Mail Adresse ist nicht selbstverständlich. Deshalb haben wir uns entschieden, uns mit einem guten alten Rundbrief an Euch zu wenden. Ein Zugeständnis an die Moderne gibt's dann aber doch: Wer eine Mail-Adresse hinterlegt hat, erhält diese Publikation als PDF.

Heute weisen wir nicht wie üblich auf Veranstaltungen hin, es sind ja aktuell keine geplant. Stattdessen haben wir Meinungsartikel und Grußworte aus der SPD und unserem Umfeld gesammelt, die wir Euch hier gerne präsentieren. Blättert doch mal durch, ich finde, es sind einige tolle Beiträge zusammengekommen, die zeigen, dass die SPD auch in der Krise in der ganzen Bandbreite lebendig ist.

Vielleicht habt Ihr ja noch etwas hinzuzufügen oder wollt eine andere Perspektive auf die Dinge beitragen? Gerne könnt Ihr mir Artikel oder Leserbriefe zuschicken - wenn ich genug davon erhalte, kann ich mir gut vorstellen, die Rundbrief-Aktion und damit die parteiinterne Diskussion auf diesem Weg zu weiterzuführen.

Jetzt aber viel Spaß beim Lesen - und bleibt gesund! Solidarische Grüße, Euer

Boris Niclas-Tölle
Vorsitzender des Ortsvereins
am 29. April 2020



Liebe Genossinnen und Genossen!

Innerhalb weniger Wochen ist die Welt eine andere geworden. Mitte März ist das öffentliche Leben in Reutlingen weitgehend zum Erliegen gekommen. Kindergärten, Schulen, Spielplätze, Läden, Restaurants, das Rathaus, die Bezirksämter – von einem Tag auf den anderen war nichts mehr so, wie es vor der Corona-Krise war. Wir alle standen unvermittelt vor Herausforderungen, die wir noch nie zuvor erlebt haben. Und zur Stunde wissen wir auch nicht genau, welche Herausforderungen noch auf uns zukommen: Gibt die Entwicklung der Infektionszahlen weiterhin Anlass zur Hoffnung – oder kommt nach den ersten Lockerungen des Shutdowns die von einigen Virologen gefürchtete „zweite Welle“, die unser Gesundheitssystem doch noch überfordern könnte? Wie können wir die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie in den Griff bekommen? Wie viele Menschen werden ihren Arbeitsplatz verlieren? Welche gesellschaftlichen und psychischen Folgen hat die wochenlange Einschränkung sozialer Kontakte für Junge, für ältere Menschen, für die Familien? Nur einige der Fragen, auf die wir noch keine Antworten wissen.

Eines allerdings wissen wir schon jetzt: Solidarität ist die beste Medizin gegen das Virus! Wer Rücksicht auf seine Mitmenschen nimmt, wer den Mindestabstand einhält, wer sich an die Maskenpflicht hält, kann Leben retten. Ich bin immer noch überzeugt davon, dass wir diese Krise gemeinsam meistern können, wenn wir alle unseren Teil dazu beitragen, die Verbreitung des Virus weiter einzudämmen.

Die Reutlinger Stadtverwaltung war auf die Corona-Krise bestmöglich vorbereitet. Vom 2. März an, trafen sich die Mitglieder des Verwaltungsstabs täglich, um schnell und dezernatsübergreifend alle Entscheidungen zu treffen, die in einer Krisensituation erforderlich sind, um öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten und Gefahren möglichst von der Bürgerschaft fern zu halten. Innerhalb

weniger Tage stellte die Verwaltung eine Notbetreuung für Kinder von Eltern in systemrelevanten Berufen auf die Beine. In noch kürzerer Zeit entstand das Konzept für die städtische Einkaufshilfe, ein ambitioniertes Projekt, das inzwischen hunderte ehrenamtliche Helferinnen und Helfer mit Hilfesuchenden zusammengebracht hat. Wer in unserer Stadt einer Risikogruppe angehört, muss sich nicht mehr der Gefahr aussetzen, sich beim Einkaufen mit dem Corona-Virus zu infizieren – darauf bin ich schon ein bisschen stolz!

Außerdem haben wir die Reutlingerinnen und Reutlinger regelmäßig und umfassend auf allen Kanälen von der mehrseitigen Sonderveröffentlichung über die sozialen Medien bis hin zum Ortseingangsbanner informiert. Wir haben verschiedene Möglichkeiten erarbeitet, unsere örtlichen Unternehmen zu unterstützen. Wir haben zu einem ersten Austausch mit Handel, Gastronomie und Dienstleistern eingeladen, dem weitere folgen werden. Auch das Rathaus und die ersten Bezirksämter haben wir zwischenzeitlich wieder für einen eingeschränkten Publikumsverkehr geöffnet – auf der Grundlage eines Konzepts, das mehrere Ämter und Dezernate innerhalb weniger Tage miteinander entworfen und umgesetzt haben. Alle haben an einem Strang gezogen, um den Bürgerinnen und Bürgern schnellstmöglich wieder das zu bieten, was sie in einer Krise am dringendsten brauchen: Hilfe, Rat und Unterstützung.

Außergewöhnliche Situationen erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Jeder Einzelne von uns kann dazu beitragen, dass sich das Virus nicht weiter ausbreitet – auch Ihr und ich. Gemeinsam meistern wir solidarisch auch diese Krise!

Passt auf Euch auf und bleibt gesund!

Euer

Thomas Keck
Oberbürgermeister



Reutlingen © BNT

Demokratie in der Pandemie – Verantwortung für Stadt und Gesundheit

Helmut Treutlein

Stadtrat, Fraktionsvorsitzender

Die Gesundheit ist unser höchstes Gut. Gesund sein und bleiben, in Frieden und Freiheit in einer solidarischen Gesellschaft leben zu dürfen, dafür setzen wir Sozialdemokraten uns täglich ein.

Wir sind dankbar für den großen Einsatz, welchen wir erleben von Stadtverwaltung, den Betrieben der Stadt, in Feuerwehr und in allen Ämtern, bei der GWG, bei den Amtsleitungen und Geschäftsführungen, den Bürgermeistern und dem Oberbürgermeister. Solidarisches Handeln ist angesagt.

Mit Sitzungen in der Stadthalle beweist der Gemeinderat seine Handlungsfähigkeit. Im notwendigen Abstand wurde beraten und beschlossen. Demokratie bewährt sich auch in diesen Krisenzeiten.

Der Gemeinderat muss handeln, damit es in der Stadt voran geht. Wichtige Themen stehen an. Ein Beispiel: Die Entwicklung der Firma Bosch am Standort Tübingerstraße muss diskutiert werden. Stadtbahnhaltestelle, Proviantamtsgelände,

Milchwerksgelände sowie die umgebende Wohnbebauung in der Tübinger Vorstadt müssen verträglich geplant werden. Vergaben für Investitionen, Sanierungsmaßnahmen und andere Baumaßnahmen müssen auf den Weg gebracht werden. Der Wohnungsbau muss vorankommen. Schulentwicklung und Kinderbetreuung fordern uns.

Gerade jetzt muss die Verkehrswende voran gehen. Mehr Raum für Fahrradfahrer, für Fußgänger und für den ÖPNV, die Stadtbahnlinie ins Echaztal müssen geplant werden, der Bahnhof wartet auf seine Aufwertung. Fußgänger müssen sicher ins Stadtzentrum kommen. Wir treten dafür ein, dass der Steg am Oskar-Kalbfell-Platz erneuert wird.

Neue Arbeitsplätze im Laisen, RTunlimited, sichern die Zukunft der Stadt. Die Infrastruktur muss erhalten werden. Toll, dass die Erlenbachverdolung in Altenburg fertig geworden ist. Kläranlage und Oststadtentwässerung stehen auf dem Programm. Es kann kein Abwarten und keinen Stillstand geben.

Der sichere Abstand zwischen den Menschen muss auch in den nächsten Wochen, ja Monaten, gewahrt werden. Das gilt auch für den Gemeinderat. Als gewählte Vertreter der

Bürgerschaft müssen wir die in uns gesetzten Aufgaben und Erwartungen erfüllen.

Zurück zur „Normalität“? - Was nach Corona anders werden muss

Ronja Nothofer
Kreisvorsitzende, Kreisrätin

Die Corona-Pandemie hat unser Leben in ungeahntem Ausmaß zum Erliegen gebracht. Sicher geglaubte, „normale“ Freiheiten unseres Alltags, wie die Verfügbarkeit von Lebensmitteln, der Zugang zu Medikamenten und Pflege, haben ihre Selbstverständlichkeit verloren. Dadurch gelangt nun ins Bewusstsein, dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen vieler Menschen in der „normalen“ Zeit vor der Krise bereits mit teils unerträglichen Belastungen für diejenigen einhergegangen ist, die nun für unsere Grundbedürfnisse täglich eintreten. Sprach man von „systemrelevanten“ Berufen, waren in der Vergangenheit meist Banken oder die Industrie gemeint. Lange wurde weggehört, wenn die Menschen in der Pflege, an der Kasse im Einzelhandel oder in den KiTas auf ihre schlechten Arbeitsbedingungen und geringe Bezahlung hinwiesen. Plötzlich verdanken wir diesen Menschen, dass uns Bilder wie in Italien oder in New York erspart geblieben sind. Die Relevanz ihrer Bereitschaft, selbst Risiken einzugehen, um für uns alle da zu sein, begreifen viele erst jetzt. Wir sehnen uns nach einer Rückkehr zur „Normalität“. Die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen und einer besseren Bezahlung für diese Berufe ging bereits früher leicht über die Lippen. Entscheidend ist nun, was davon nach der Krise übrigbleibt. Einmalprämien und Steuererleichterungen sind symbolische Schritte zur Anerkennung der Leistung und sie sind richtig. Aber für strukturelle Lösungen braucht es mehr. Die Bereitschaft, mehr Geld in die Pflege zu investieren, auch durch einen höheren Pflegebeitrag und mehr Geld durch die Sozialversicherungen. Die Bereitschaft, immer

weiter sinkende Discount-Preise im Supermarkt auf Kosten der Mitarbeiter und Zulieferer nicht länger hinzunehmen. Die Bereitschaft, über Entlastungen von Geringverdienern, etwa durch geringere Sozialversicherungsbeiträge, zu sprechen. All das wird am Ende zum Lackmus-Test, ob all der Dank für diese Menschen während der Krise mehr war, als wohlfeile Worte. Wir sind in der Pflicht, Lehren und Konsequenzen aus dem Bewusstseinswandel in der Krise zu ziehen. Dafür werden wir auch die Frage beantworten müssen, wer letztlich die Kosten der Krise bezahlt. Die Geringverdiener und Alltagshelden dürfen nach ihrer enormen Leistung nicht auch noch auf den Kosten sitzen bleiben. Vielmehr werden wir auch diejenigen in die Pflicht nehmen müssen, die bislang überproportional von unserem Wirtschaftssystem profitiert haben. Denn nur dann ist die „neue Normalität“ auch für alle erstrebenswert.



© Brooke Cagle @unsplash.com

Digitaler Bürgerservice – Corona zeigt, dass Reutlingen dringend nachbessern muss

Ramazan Selcuk

Landtagsabgeordneter und Stadtrat

„Aufgrund der Corona-Pandemie für Publikumsverkehr geschlossen“ – Wer momentan versucht, einen Termin in Rathaus oder Bürgeramt zu bekommen, steht vor verschlossenen Türen. Klar, auch die städtischen Behörden tragen ihren Teil zur Eindämmung des Virus bei. Doch was tun mit Anträgen und Erledigungen, die nicht länger aufgeschoben werden sollen? Ein Blick ins Internet zeigt, dass einige Anträge inzwischen auch online gestellt werden können. So können zahlreiche Urkunden und Auskünfte mit wenigen Klicks beantragt werden und auch die Sperrmüll-Anfrage erfolgt inzwischen bequem von zu Hause.

Schwierigkeiten bereitet der virtuelle Behördengang hingegen in vielen anderen Bereichen: Meldebescheinigung oder Führungszeugnis? Nur mit dem wenig verbreiteten elektronischen Personalausweis. Beratungsangebote, welches Formular in welchem Fall benötigt wird? Fehlanzeige.

Unterstrichen wird diese Stichprobe durch ein Gutachten des Instituts der Deutschen Wirtschaft, in welchem die Servicefreundlichkeit

der 100 größten deutschen Städte untersucht wurde. Ergebnis: Für Unternehmen ist das digitale Beantragen von Förderungen in Reutlingen so einfach wie fast nirgendwo und auch im Teilindex „Unternehmerservice“ schneidet unsere Stadt mit einem 13. Platz hervorragend ab. Tristes hingegen beim Teilindex „Bürgerservice“: Platz 70, noch hinter Remscheid und Marl, das offenbart Entwicklungspotential.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion hat deshalb bereits im letzten Jahr den Antrag auf eine Bürger-App gestellt. Über diese sollen sowohl digitale Behördengänge abgewickelt als auch Stimmungsbilder zu kommunalpolitischen Themen eingeholt werden. Noch liegt der Antrag zur Prüfung im Rathaus, doch die Corona-Pandemie zeigt, wie dringlich der Handlungsbedarf bei digitalen Bürgerservices ist.

Wie funktioniert Schule in Corona-Zeiten? Eine Bilanz

Tivon Immer

Vorsitzender Reutlinger Jusos

Schule findet momentan zu Hause statt. Schule im Homeoffice sozusagen. Diese Verlagerung des Unterrichts bietet Chancen wie Risiken, aber vor allem zeigt sie auf, was in einer Notsituation alles möglich ist – und was nicht.

An den meisten Schulen funktioniert die Übermittlung der Inhalte sehr einfach über E-Mail, genauso finden anschließend auch die Übersendungen der Arbeitsergebnisse statt. An manchen Schulen, auch im Kreis Reutlingen, sind zusätzlich Telefon- oder Videokonferenzen eingerichtet, die aber aufgrund der hohen Serverbelastung öfters zusammenbrechen. Prinzipiell ist die Übermittlung der Inhalte also gewährleistet und bietet gleichzeitig noch die ungeahnte Möglichkeit mit der Zeit selbst zu haushalten. Sich selbst einen Plan zu erstellen anstatt einem festen Stundenplan zu folgen ist ein großes Stück gewonnene Freiheit. Auch mit Freiheit umzugehen muss gelernt sein. Doch das

System bietet auf der anderen Seite auch ausreichend Angriffsfläche. Schüler und Schülerinnen, die sich bereits im Schulalltag schwertaten, haben es jetzt selten einfacher, wenn sie neuen Unterrichtsstoff nicht mehr gelehrt bekommen, sondern ihn sich selbst zu erarbeiten haben. Gleichzeitig ist die direkte Nachfrage zu diesem Unterrichtsinhalt aber langwieriger, aufwendiger und komplizierter. Das zeigt vor allem, wie unersetzlich Lehrerinnen und Lehrer für uns Schüler sind, der so häufig debattierten digitalen Ausstattung der Klassenzimmer ist dagegen lediglich eine sekundäre Relevanz einzuräumen – ganz im Gegenteil zur digitalen Infrastruktur. Deren Ausbau wurde jahrelang aufgeschoben, was sich jetzt bitterlich rächt.

Doch die Corona-Krise bietet auch die Möglichkeit, dringend nötige Reformen im Bildungswesen anzustoßen. Hier entpuppt sich der Föderalismus ein weiteres Mal als stark hinderlich. Begonnen hatte es mit der Stückerung der Ansagen über die Aussetzung der Schule während dieser Epidemie. Manche Länder preschten voraus, manche Länder schlossen die Schulen erst nach öffentlichem Druck. Schleswig-Holstein kam dann auf die Idee, die Abiturprüfungen einfach ausfallen zu lassen – nur um das kurz darauf wieder zurückzunehmen. All dieses Chaos führt zu einer Orientierungslosigkeit von Schülerinnen und Schülern, ganz besonders der Abschlussklassen. Jetzt ist es an der Zeit sich zu überlegen, wie unser 16-gleisiges Bildungssystem zusammengeführt werden kann. Und wenn wir schon dabei sind, dann können wir auch endlich den Flickenteppich unterschiedlichster, unterschiedlich schwerer, Abiturprüfungen verallgemeinern. Das wäre ein großer Schritt hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit!

Eltern in der Krise

Claus Mellinger

Vorstandsmitglied und Vorsitzender GERK

17. März, die Krise kommt bei Familien an: Keine Kinderbetreuung, kein Unterricht und 3 Tage Zeit, das drohende Chaos zu organisieren. Großeltern oder Freunde können nicht einspringen.

Notbetreuung in der Kita muss erst aufgebaut werden und was mit Schulkindern passiert, ist vorerst offen. Dazu berufliche und finanzielle Sorgen. Selbstständigen brechen Aufträge und Einnahmen weg, doppelt Berufstätige müssen aushandeln, wer für die Kinder da ist. Besonders trifft es Alleinerziehende. Schwierige Lebenslagen - z.B. Umschulungen, Ausbildung, prekäre Verhältnisse - machen es besonders schwierig. Wer helfen und unterstützen kann?

Informationen sind schwer zu bekommen, jede Lebenslage ist individuell, jede in anderer Weise schlimm. Oft ist Urlaub die Lösung. Der ist schnell aufgebraucht, dann kommen die regulären 30 Schließtage und Schulferien. In Rettungspaketen kommen Familien recht spät vor. Auch mit Hämme müssen Eltern rechnen: Endlich könnten sie die Sprösslinge nicht mehr in die Kita abschieben. Dabei zeigt sich gerade jetzt, was Schule und Kita sonst für Familien und Gesellschaft leisten. Nicht weil sie Kinder verwahren, sondern weil sie ein soziales Umfeld bieten, Heimat sind, Orte der Sozialisation, des Geborgenseins.

Die Stadt baut eine Notbetreuung auf. Was dort geleistet wird verdient große Anerkennung. Elternbeiträge werden ausgesetzt, auch das ist wichtig für Familien. Am 16.04. ist klar, dass ein Ende nicht in Sicht ist. Was aber klar ist: Jeder ist irgendwie betroffen, die Wirtschaft, das soziale Leben, die Kirchen usw. - in den Familien konzentriert sich alles. Die Krise sollte unseren Blick auf Familien neu ausrichten und damit auf Schule, Kinderbetreuung, soziale Unterstützungssysteme. Es ist nichts selbstverständlich und vieles ist zerbrechlich, das lehrt uns die Krise.



Die wichtige Rolle der Betriebsräte

Tanja Silvana Grzesch

1. Bevollmächtigte IG Metall Reutlingen-Tübingen

In den Betreuungsbetrieben der IG Metall in unserer Region ist seit der COVID-19 Pandemie ein sehr unterschiedliches Bild bezüglich Auslastung und Beschäftigung entstanden. Von gut ausgelasteten Betrieben, die nur einen leichten Rückgang spüren bis hin zu Betrieben, die in hohem Maße Kurzarbeit haben zeichnet sich das Bild ab. Überall dort, wo Kurzarbeit eingeführt wird oder ist, haben die Betriebsräte in Abstimmung mit uns die Betriebsvereinbarungen gemacht oder sind in den letzten Zügen zur Einigung mit den Arbeitgebern. Leider haben wir nicht für all unsere Branchen tariflich Zuschläge zum Kurzarbeitergeld, so dass das Verhandlungsgeschick unserer Betriebsräte hier eine herausragende Rolle spielt, was zum Großteil auch richtig gut gemacht wurde. Leider haben nicht alle Betriebe einen Betriebsrat und somit gibt es auch keine Verhandlungen über Zuschläge zum Kurzarbeitergeld durch den

Arbeitgeber. Mitglieder aus diesen Betrieben haben erkannt, dass es mit Betriebsrat und mit Tarifvertrag gerade in schwierigen Zeiten besser ist und melden sich bei uns, um Abhilfe für die Zukunft zu erlangen. Deswegen begrüßen wir es, dass die Erhöhung des Kurzarbeitergelds, wenn auch nicht ganz nach unseren Vorstellungen, beschlossen wurde. Das ist wenigstens ein Anfang.

Rechnungen zahlen sich nicht mit Applaus und Schokolade

Benjamin Stein

Geschäftsführer ver.di-Bezirk Fils-Neckar-Alb

Auch wenn es sicher schön ist, nach einem anstrengenden Arbeitstag auf dem Nachhauseweg von Applaus begleitet zu werden, auf social media-Plattformen Danksagungen entgegen zu nehmen und sogar Politiker*innen jeglicher Couleur beteuern hören, wie systemrelevant die eigene Arbeit ist; Rechnungen – Miete, Kita, Strom – zahlen sich leider nicht mit Applaus und Merci-Schokolade.

Und gerade diese systemrelevanten Berufe sind es, in deren Branche nicht erst seit der Corona-Krise einiges schief läuft. Das betrifft sowohl die Arbeitsbedingungen als auch die Bezahlung.

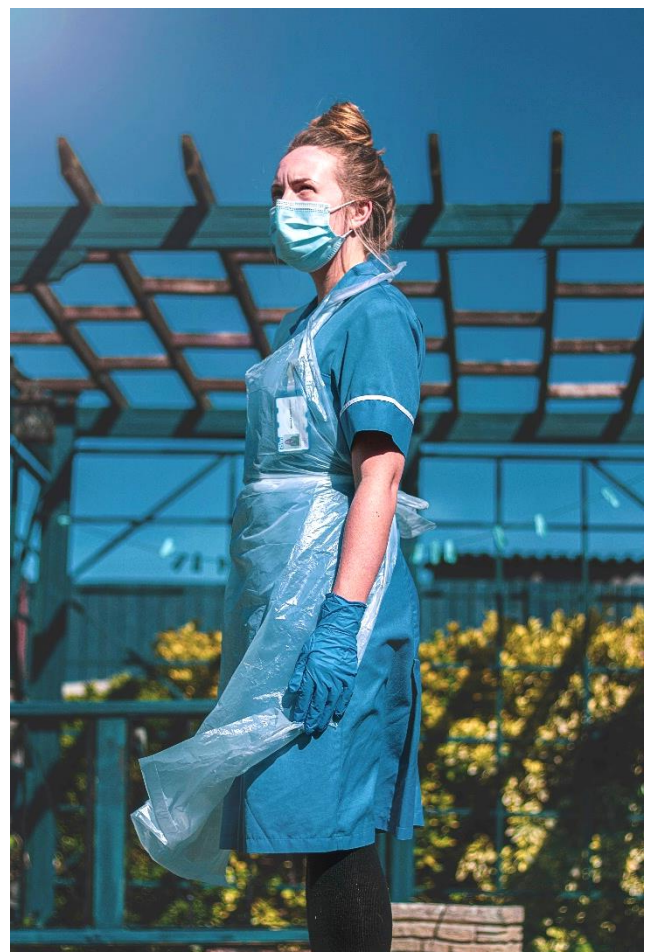
Da in Deutschland eine große Corona-Welle bisher zum Glück ausgeblieben ist, herrscht in den Krankenhäusern eher ruhigerer Betrieb. Krankenpfleger*innen berichten begeistert davon, zum ersten Mal Dienst nach Vorschrift machen zu können und Pflegeschüler*innen erzählen von ihrer ersten Pause während einer Schicht. Pause? Dienst nach Vorschrift? Das sollten eigentlich Selbstverständlichkeiten sein – wofür das Personal im Gesundheitswesen aber schon lange keine Zeit mehr hat, weil überall gespart wurde. Seit Jahren schon streitet ver.di Seite an Seite mit den Beschäftigten im Gesundheitssektor für Personalschlüssel, die der Arbeit und unserer aller Gesundheit gerecht werden.

In vielen Kliniken beklagen die Angestellten den eklatanten Mangel an Schutzkleidung und -masken, denn auch hier wurde massiv gespart und nicht vorgesorgt. Nicht nur in Krankenhäusern, sondern überall, wo Menschen mit Menschen arbeiten, ist es gerade in diesen Zeiten unabdingbar, dass der Arbeits- und Gesundheitsschutz eingehalten wird.

Der Einzelhandel hat die Corona-Krise vor allem in den ersten Wochen der Hamsterkäufe zu spüren bekommen. Die Angestellten waren nicht nur einem erhöhten Ansteckungsrisiko ausgesetzt, sie mussten sich teilweise beschimpfen und bedrohen lassen und Streitigkeiten zwischen Kund*innen schlichten. Und das für einen Niedriglohn, der vor allem durch die Tariffucht der Arbeitgeber*innen in den letzten Jahren entstanden ist. Zum Dank wurden von politischer Seite ihre Arbeitszeiten ausgeweitet – ein schlechtes Signal. Zwar konnten die Betriebsräte, dort wo sie vorhanden sind, das Schlimmste verhindern, dennoch fordert ver.di, dass die Arbeitszeit und die Sonntagsöffnungszeiten sofort zurückgefahren werden!

In allen Branchen, die jetzt und in den nächsten Monaten den gesellschaftlichen Betrieb aufrechterhalten, unsere Grundbedürfnisse befriedigen, uns pflegen, versorgen und unseren Dreck wegräumen, all jenen sollte nicht nur applaudiert werden, sondern sie sollten langfristig finanzielle Anerkennung erhalten.

Für Menschen, die auf Grund des Arbeitsmangels in Kurzarbeit geschickt und deshalb finanzielle Einbuße stark zu spüren bekommen, ist es lebensnotwendig, dass das Kurzarbeitergeld von 60% auf min. 90% angehoben wird und alle Beschäftigten in systemrelevanten Bereichen brauchen jetzt eine Prämie von 500€ im Monat.



©Luke Jones @unsplash.com

Das Schlimmste ist die Einsamkeit

Edeltraut Stiedl
Stadträtin

Seit Corona hat sich das Leben grundsätzlich geändert. Mit sofortiger Wirkung ist der Kreis der Älteren in Orschel-Hagen geschlossen. Wie lange kann im Moment keiner sagen. Für die Seniorinnen und Senioren ist das ein gravierender Einschnitt. Als Hochrisikogruppe sind die Menschen in den Pflegeheimen von der Außenwelt abgeschirmt. Daher bieten die Heime kreative Möglichkeiten der Begegnung, wie Briefe schreiben, telefonieren oder Bilder malen an. Wir vom Kreis der Älteren haben im Angebot z.B. „Gartenzaungespräche“. Gerade in der Osterzeit haben mir viele Menschen von der Einsamkeit erzählt, weil sie keine Verwandten besuchen dürfen. Die Einsamkeit macht den Senioren am meisten aus. Daher rufen wir unsere Leute aus den verschiedenen Gruppen an und geben ihnen Tipps, gegen die Einsamkeit, aber auch, wie sie sich fit halten können. Ein Tipp der gut ankommt, sind Kinderlieder. Die kennen die Menschen und können die passenden Bewegungen dazu machen. Z.B. Wer will fleißige Handwerker sehen, oder mein Hut der hat drei Ecken. Hört sich banal an, aber macht Spaß. Außerdem ist es gut, dass das Wetter sehr schön ist, dann kann man wenigstens spazieren gehen. Vielleicht können wir vom Kreis der Älteren ja ab Juli wieder zum Kaffee, Tanznachmittag, Yoga, Gymnastik, Spielenachmittag, Singstunde... einladen. Das wäre ein vorgezogenes Weihnachten.

Weltladen – Solidarisch auch in Zeiten von Corona

Gastbeitrag Bärbel Haug
Eine Welt Verein Reutlingen e.V

Trotz der Einschränkungen in den vergangenen Wochen konnten wir im Weltladen weiter fair gehandelte Lebensmittel anbieten - ein Zeichen der Solidarität mit unseren Produzent*innen im Globalen Süden.

Denn unsere fair gehandelten Waren sind die Lebensgrundlage für viele Menschen in ärmeren Ländern. Und deren Lage, die an sich schon schwierig genug ist, ist durch die Corona-Pandemie noch schlimmer geworden. In den täglichen Nachrichten erfahren wir zwar viel über die Lage bei uns und in unseren Nachbarländern, aber wenig über die Situation in den armen Ländern des Südens.

Desolate Gesundheitssysteme, fehlende Schutzkleidung, unzureichende Hygienemöglichkeiten stellen eine weit höhere Gefährdung dar. Viele der Handelspartner - Kleinbäuer*innen und Kleinstproduzierende - sind auch von Ausgangssperren oder Berufsverboten betroffen.

Die Corona-Krise setzt auch dem Fairen Handel zu. Deshalb sind wir dankbar für alle Kundinnen und Kunden, die durch den Kauf von fair gehandelten Waren ihre Solidarität mit den noch stärker vom Virus bedrohten Menschen in der Welt zeigen.

Mit Rücksicht auf unsere ehrenamtlichen Ladenmitarbeitenden haben wir kürzere Öffnungszeiten. Außerdem haben wir einen Lieferservice eingerichtet: www.weltladen-reutlingen.de



© Christian Lue, unsplash.com

Nur ein geeintes Europa ist die richtige Antwort!

Mert Akkeceli
stellv. Vorsitzender

Am 26. März 1995 schafften die ersten europäischen Staaten die Kontrollen an ihren Binnengrenzen ab. Gleichzeitig verstärkten sie die Kooperation von Polizei und Justiz sowie den Schutz der Außengrenzen. Nach genau 25 Jahren führen, wegen der Corona-Pandemie, derzeit viele Länder wieder Grenzkontrollen durch.

Wir sehen, dass die aktuelle Krise auch einen anderen gefährlichen politischen Virus in sich trägt, nämlich den Virus der Renationalisierung.

Die Grenzsicherungen haben auch die Freizügigkeit von Arbeitskräften erschwert und 1,5 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihren sozialen Rechten bedroht, zu einer Störung des freien Warenverkehrs geführt und Produktionsabläufe erschwert. Die sich abzeichnende wirtschaftliche Krise wird einige Mitgliedstaaten schwerer belasten als andere. Deshalb fordern unsere Abgeordneten im Europäischen Parlament zu Recht, statt Renationalisierungstendenzen, mehr europäische Solidarität bei der Krisenbewältigung.

Vor wenigen Tagen hatte sich Ungarns Ministerpräsident Orban, vom Parlament in Budapest, umfassende Vollmachten geben

lassen, um die Corona-Krise zu bekämpfen. Das Notstandsgesetz ermöglicht es, dem rechtsnationalen Regierungschef, auf unbestimmte Zeit per Dekret zu regieren. Einen Aufschrei der Europäischen Kommission gab es leider nicht, lediglich ein kleinlautes Pressestatement. Ich hätte mir von der Europäischen Union eine deutliche Reaktion auf das Notstandsgesetz in Ungarn gewünscht. Es kann nicht sein, dass Länder wie Polen und Ungarn, von der EU Milliarden erhalten, gleichzeitig Rechtsstaatlichkeit mit Füßen treten und die Demokratie in ihren Ländern gezielt aushöhlen.

Zu einem einheitlichen Auftreten könnte auch unsere Bundesregierung beitragen, indem sie bspw. Corona-Bonds zustimmt. Es ist eine Frage der Solidarität, als Europäische Union gemeinsam an die Bewältigung der Corona-Krise heranzugehen. Nur eine solidarische Handlungsweise wird die europäische Gemeinschaft zu neuer Kraft führen!

Meine Generation ist in einem vereinten Europa aufgewachsen und will als gleiche Bürger mit denselben wirtschaftlichen Voraussetzungen behandelt werden, unabhängig davon, ob sie in Dublin, Lissabon, Rom oder Berlin lebt.

Wir müssen in diesen Zeiten zusammenhalten – denn Krisen können nur als gemeinsames, geeintes und solidarisches Europa gemeistert werden!

Aktuelle Anmerkungen zur Situation von Geflüchteten

Ines Fischer

Pfarrerin, Asylpfarramt Reutlingen

In Coronazeiten sind Menschen, die in Flüchtlingsunterkünften leben, in ihrem Alltag besonders herausgefordert. Die Abstandsgebote bei gemeinsamer Nutzung von Küche und Bad einzuhalten ist schwierig, das Zusammenleben auf engstem Raum eine Herausforderung.

Schulkinder, die Zugang zu Unterrichtsmaterialien bräuchten, haben oft keine Infrastruktur wie durchgängiges WLAN im Zimmer oder einen PC geschweige denn einen Drucker zur Verfügung. Ehrenamtliches Engagement kann auf der persönlichen Ebene kaum noch stattfinden, Hausaufgaben- oder Nachhilfe sind nicht mehr möglich.

Herausforderungen, die aus unserer Sicht viele Geflüchtete und Ehrenamtliche trotzdem so gut wie möglich zu bewältigen suchen:

Onlinesprachkurse wurden eingerichtet, Beratung findet am Telefon statt, Sprach-Spaziergänge zu zweit werden unternommen, es entwickelt sich derzeit ein Urban-Gardening-Projekt. In der Beratung im Asylverfahren versuchen wir als Engagierte so gut wie möglich da zu sein und Einzeltermine zu ermöglichen.

Den lokalen stehen die weltweiten Herausforderungen gegenüber: Flüchtlingslager in Griechenland und eine viel zu zögerliche Bundesregierung. Dem Entschließungsantrag vom 4. März, der die Aufnahme von 5000 Geflüchteten aus Griechenland deutschlandweit forderte, stimmten die Bundestagsabgeordneten der Regierungsparteien aus dem Landkreis Reutlingen nicht zu. Das ist enttäuschend und für uns unverständlich. Nun erfolgt eine Evakuierung von zunächst 47 Kindern – die Zahl ist beschämend – ein global wütender Virus müsste die globale Verantwortung viel stärker in den Blick nehmen. Auch die Seenotrettung erfährt keine bundespolitische Solidarität in diesen

Zeiten – zwei Wochen musste das Schiff Alan Kurdi auf Unterstützung warten, bis eine Evakuierung der erschöpften und zum Teil suizidgefährdeten Geretteten möglich war.

Als Engagierte in der Flüchtlingsarbeit brauchen wir das Augenmerk der Regierungsparteien auf die Bedürfnisse der Geflüchteten mehr denn je. Und sehen es derzeit immer mehr in den Hintergrund rücken. Corona als Herausforderung für diese Gesellschaft sollte bedeuten, dass die Rettung von Menschen auch weiterhin nicht in Frage gestellt wird und dass Menschen in unserem Land, die unter besonders eingeeengten Bedingungen leben müssen, auch besondere Schutzmaßnahmen erhalten.

Das Flüchtlingsproblem, die EU und (k)eine Lösung?

Thomas Volkmann

Lehrer

Mitte April wurden 50 kranke Kinder aus den Lagern auf den griechischen Inseln, in denen unhaltbare hygienische Zustände herrschen, nach Deutschland ausgeflogen. Eigentlich hatte der Koalitionsausschuss bereits im März im Rahmen einer gemeinsamen Aktion mit anderen EU-Partnern beschlossen, bis zu 1500 Kinder unter 14 Jahren in verschiedene EU-Staaten zu bringen und ihnen die dringend benötigte medizinische Versorgung zukommen zu lassen. So lobenswert die Aufnahme der 50 Kinder nun ist, löst sie das grundsätzliche Problem nicht: In den Lagern auf den griechischen Inseln warten Flüchtlinge seit Jahren darauf, ob sie in Griechenland oder einem anderen EU-Land Aufnahme finden. Hier nur mit dem Finger auf Griechenland zu zeigen, greift viel zu kurz, denn offiziell sind Moria und andere Lager so genannte „EU-Hotspots“. Wir erinnern uns: Gemäß des so genannten EU-Türkei-Deals sollte in diesen „Hotspots“ über die Aufnahme oder die Abschiebung von Flüchtlingen entschieden werden, die über das Meer von der Türkei nach Griechenland kommen. Im Gegenzug

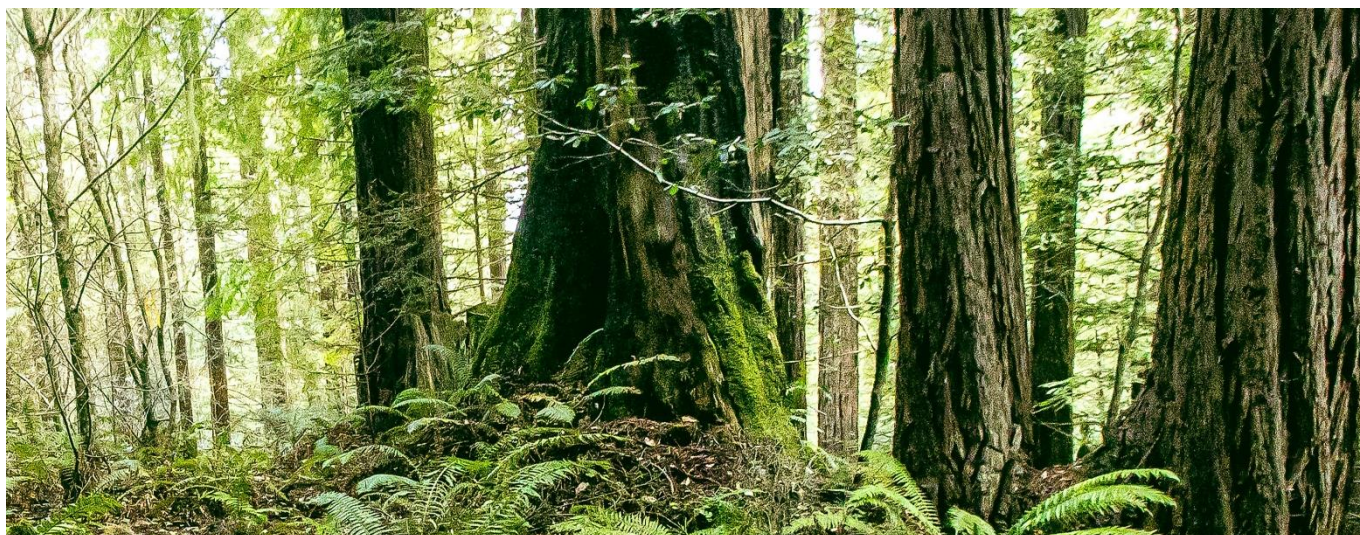
wollte die EU besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aus der Türkei direkt aufnehmen. Doch das klappt aus verschiedenen Gründen nicht, z. B. dauern die Asylverfahren dauern zu lange und deshalb „leben“ oder eher vegetieren z.B. in Moria, das auf eine Kapazität von 3.000 Menschen ausgelegt war, bis zu 20.000 Menschen. Nicht auszudenken, wenn das Corona-Virus diese Lager erreicht, in denen es noch nicht einmal genug Wasser gibt, um sich die Hände zu waschen. Die Asylverfahren zu beschleunigen würde sicher helfen, doch dazu braucht die griechische Regierung die Unterstützung aus anderen EU-Staaten und die Sicherheit, dass asylberechtigte Flüchtlinge anderswo in der EU Aufnahme finden. Darüber herrscht in der EU alles andere als Einigkeit. Gerade die so genannten Visegrad-Staaten (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei) lehnen dies vehement ab. Wenn keine Einigkeit zu erreichen ist, sollte sich meines Erachtens eine „Gruppe der Willigen“ finden, die zuerst einmal sehr schnell humanitäre Lösungen für die Flüchtlinge in Griechenland sucht.

So könnten z.B. Zimmer in gerade leerstehenden Hotels in Griechenland auf Kosten der EU angemietet werden, was auch für den von Corona sehr betroffenen Tourismussektor in Griechenland sehr helfen würde. Dann sollten an den EU-Außengrenzen Aufnahme-Zentren entstehen, die diesen Namen verdienen. Dort sollte nach gemeinsamen Standards über die Aufnahme entschieden werden. Die aufgenommenen Flüchtlinge müssen dann nach einem festen Schlüssel auf die EU-Länder verteilt werden, die sich zur Aufnahme bereit erklärt haben.

Sicher ist: das Flüchtlingsproblem wird sich auch nach dem Ende der Corona-Pandemie nicht in Luft auflösen.



Flüchtlingslager Moria © Anna Patelia, MSF



© Sterling Lanier, unsplash.com

Natur- ganz in unserer Nähe!

Johannes Schempp
Stadtrat

Ist es nicht wunderschön, dass wir in diesen Wochen, in denen es viel Anlass gibt, niedergeschlagen zu sein, uns aus vollem Herzen an dem sonnigen Frühling freuen können!

Gerade wir in Reutlingen sind da in einer besonders komfortablen Situation: direkt vor den Toren unserer Großstadt liegt das bedeutende Naturschutzgebiet Listhof, ebenso wie der große Stadtwald. Beide laden mit ihren unverfälschten Naturräumen zu herrlichen Spaziergängen ein. Wenn Sportanlagen und Freibäder geschlossen bleiben müssen, diese Landschaften laden uns ein, kostenlos!

Wenn man sich nur wenig von den angebotenen Wanderparkplätzen wegbewegt, kann man auf abwechslungsreichen Spaziergängen vieles entdecken und findet immer auch ein Plätzchen, wo man sich ausruhen kann, ohne vorgegebene Abstände zu unterschreiten.

Statt Rundgängen vom Wanderparkplatz aus, bevorzuge ich kleine Wanderungen, bei denen der Ausgangspunkt eine Bushaltestelle ist und man am Endpunkt wieder auf den ÖPNV zurückgreifen kann: Fahr mit der Linie 5 bis zum Haltepunkt Alteburg und gehe durch den Hof

Richtung Wasserreservoir, dann ein Stück auf die Bronnweiler Linde zu, bevor es dann durch die Waldabteilung "Hinterer Zaun" am Friedhof vorbei zur Ortsmitte geht. Dort kann man nach ca. einer Stunde den Bus wieder besteigen. Wem's noch nicht reicht, der geht an der Wiesaz entlang in Richtung Gönningen und sucht sich dort eine passende Bushaltestelle.

Um das Naturschutzgebiet Listhof zu durchwandern, empfiehlt sich ebenfalls die Linie 5 mit Ausstieg am Roßwasen. Durch das Gebiet des Bildungszentrums führt ein schöner Weg ins Scheuerlesbachtal. Nach der Brücke geht ein Grasweg ins Guckental und dann vom Breitenbach begleitet nach Betzingen. Dort passen die Linien 12, 22 und 7 für eine Rückfahrt nach Reutlingen.

Nach solchen Stunden in nächster Umgebung, ist manch Unerfreuliches, dem man in diesen Zeiten notgedrungen ausgeliefert ist, verdrahtet und vergessen. Nicht vergessen sollte man dabei, dass dieses Angebot, das sich gerade jetzt als besonders wertvoll erweist, das Ergebnis einer durchdachten Naturschutzpolitik ist. Ebenso ist die gute Erreichbarkeit das Ergebnis eines Einsatzes für ein nutzerfreundliches Busnetz. Für beides setzen wir Sozialdemokraten uns in Reutlingen seit Jahrzehnten ein. Jetzt zeigt sich, wie wichtig dieser Einsatz für Ökologie und Nachhaltigkeit in unserer Stadt ist.